

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 12.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte die Anzeigen und die Anzeigen die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 12.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 12

Freitag, den 15. Januar 1926

21. Jahrgang

Luther bei der Regierungsbildung.

Ein Kabinett der neutralen Minderheiten. — Die neuen Männer.

Reichskanzler Dr. Luther hat gestern im Laufe des Nachmittags die Führer sämtlicher Parteien empfangen, die für ein „neutrales“ Minderheitenkabinett, mit dessen Bildung er vom Reichspräsidenten beauftragt worden ist, in Frage kommen. Auf den Zentrumsführer Abg. Fehrenbach folgte Abg. Dr. Koch, der Vorsitzende der demokratischen Fraktion, Johann Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei, Abg. Leicht für die Bayerische Volkspartei und Abg. Dr. Bredt für die Wirtschaftliche Vereinigung.

Reichskanzler Dr. Luther hat den Vertretern der Parteien programmatische Darlegungen gemacht, vor allem über seine Absichten in der inneren Politik.

Nach der Plenarsitzung des Reichstages, die schon kurz nach vier Uhr zu Ende war, trafen die Fraktionen zusammen, um die Berichte ihrer Vorsitzenden über deren Unterhaltung mit Dr. Luther entgegenzunehmen und ihrerseits Beschluß zu fassen.

Im einzelnen wird über die

voranschreitende neue Kabinettliste

berichtet: Daß das Außenministerium in den Händen Dr. Stresemanns verbleibt, ist gewiß. Ebenso darf als ziemlich sicher angesehen werden, das Reichswirtschaftsministerium dürfte seinen Posten behaupten. Das Reichsinnenministerium dürfte der frühere Reichsinnenminister Dr. Koch übernehmen, während es bezüglich des Finanzministeriums heißt, daß Dr. Luther sich hier mit dem sächsischen Finanzminister Dr. Peter Reinhold in Verbindung setzen will. Die Kabinettbildung dürfte keine besonderen Schwierigkeiten verursachen, so daß das zweite Kabinett Luther in aller Kürze konstituiert sein dürfte.

Fortschreitende Räumung Kölns.

Köln, 13. Januar. Das britische Militärpostamt wird am 21. 1. aufgelöst werden und am 22. 1. in Wiesbaden wieder in Betrieb treten. Auch „Cologne Post“ siedelt nächste Woche nach Wiesbaden über und wird dort als „Wiesbaden Times“ einmal wöchentlich erscheinen.

M. Gladbach, 13. Januar. Anlässlich der bevorstehenden Räumung der ersten Zone sind vielerorts allerlei Festlichkeiten geplant. Die Verbandsleitung der katholischen Arbeitervereine in Westdeutschland richtet deshalb an alle angeschlossenen Vereine eine Rundgebung, worin unter Hinweis an die schwere Not der Zeit und die gewaltigen Hochwasserfluten vor kostspieligen äußerlichen Feiern gewarnt wird. Es wird betont, man sollte nur Räumungen der Gesamtbürgerschaft unterstützen, in denen die Würdigung der hohen vaterländischen Ereignisse in Form von Begegnungen, die mit der Beilage vereinbar sind.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 13. Januar. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen werden am 14. Januar in Paris wieder aufgenommen. Die deutsche Delegation setzt sich wie folgt zusammen:
Leiter und Bevollmächtigter Delegierter: Dr. Vosse, Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium.
Delegierte: Döhle, Gesandtschaftsrat, Deutsche Botschaft, Paris,
Ebner, Ministerialrat im Reichsinnenministerium für Ernährung und Landwirtschaft,
Ernst, Ministerialrat im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe,
Rathies, Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium,
Blöder, Legationsrat, Vertretung Sachsens bei der Reichsregierung,
Scheffmeier, Badisches Staatsministerium des Innern,
von Schmieden, Gesandtschaftsrat im Auswärtigen Amt,
Seybold, Ministerialrat in der Staatlichen Bayerischen Wirtschaftsstelle,
Weymann, Ministerialrat im Reichsfinanzministerium.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 13. Januar. Der Reichstag überwies das vorläufige Wirtschaftsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Spanien vom 18. 11. 25 dem zuständigen Ausschuss. Ebenso wurde der Fischereivertrag vom 28. 11. 25 zum deutsch-niederländischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag und zum deutsch-niederländischen Zoll- und Kreditvertrag an den Ausschuss verwiesen. Das Haus setzte dann die erste Beratung der Novelle zum Reichs-Innapparatgesetz fort.

Weiter werden als voraussichtlicher Reichswirtschaftsminister der Zentrumsabgeordnete Dr. Lammer, für die Befehlung des Reichsinnenministeriums der demokratische Abg. Koch und der Volksparteiler von Kardorff, für das Justizministerium der Zentrumsabgeordnete Barth und der Volksparteiler Curtius genannt. Wie es weiter heißt, wird auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Amte bleiben.

Berlin, 14. Januar. Entgegen einer Mitteilung der Volkischen Zeitung, die wissen will, daß außer dem Vertreter der Wirtschaftspartei die Führer sämtlicher für die Regierungsbildung in Frage kommenden Parteien bei den gestrigen Besprechungen mit Reichskanzler Dr. Luther ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Eintritt ihrer Parteien in das zweite parlamentarische Kabinett Luthers erklärt hätten, schreibt die Germania, daß

das Zentrum dem Reichskanzler gestern noch keine endgültige Zusage gegeben habe.

Die Zentrumsfraktion sei sich in ihrer gestrigen Beratung darüber völlig einig gewesen, daß Voraussetzung für ihre Beteiligung die Erfüllung des Minimums persönlicher und sachlicher Bedingungen auch sozialpolitischer Art sei. In der täglichen Rundschau wird unterstrichen, daß die Bezeichnung „neutrale Regierung der Mitte“ nicht etwa die Bildung eines überparteilichen Kabinetts bedeute. Die Deutsche Volkspartei stehe jedenfalls, wie das Blatt zu wissen glaubt, auf dem Standpunkt, daß nur ein parlamentarisch festfundiertes Kabinett in Betracht kommt. Die Parteien, mit deren Führern Dr. Luther die Verhandlungen aufgenommen hat, müßten sich bereit erklären, auch die volle Verantwortung für das Kabinett zu übernehmen. Der Gedanke eines Beamtenkabinetts wird mit Entschiedenheit abgelehnt.

Die Unterschlagungen bei der Heeresrechnungsstelle.

Wir berichteten gestern kurz, daß der Sekretär Röhling wegen Unterschlagung verhaftet wurde. Eine eingehende Meldung folgt:

Wegen fortgesetzter Unterschlagungen, die sich nach den bisherigen Feststellungen auf

131000 Mark

belaufen, ist der 48 Jahre alte Obersekretär Wilhelm Röhling aus Steglitz verhaftet worden. Röhling bekleidete seit längerer Zeit bei der Heeresrechnungs- und Wirtschaftsabteilung einen Vertrauensposten als Leiter der Sonderabteilung, Kraftfahrabteilung III.

Er hatte früher im Badenischen einen jetzt 36 Jahre alten Kaufmann Julius Bedent kennengelernt, der von seiner Frau geschieden ist und zuletzt in der Gängestraße 49 zu Wilmsdorf wohnte. Bedent erneuerte vor 1 1/2 Jahren die Bekanntschaft Röhlings und spiegelte diesem vor, daß er große Geschäfte verschiedener Art mache. So behauptete er, Geschäftsführer oder Aufsichtsratsmitglied verschiedener Firmen, u. a. der Flugfilmgesellschaft, der Märktischen Wohnindustriegesellschaft, der Berliner Uhrenindustrie, zu sein. Auch Mitglied des Rationalen Sportklubs wollte er sein. Dieser Mann, der auf großem Fuße lebte, wußte Röhling von dem Blühen seiner Unternehmungen zu überzeugen und verstand es so, ihm zu Zeiten der Geldknappheit aus angeblich vorübergehenden Verlegenheiten zu helfen. Röhling stellte ihm zunächst einmal 2000 Mark zur Verfügung. Dann wurden es 3000 und 4000 Mark, und nach und nach noch mehr. Bedent schob angeblich diese Beträge immer von einem Geschäft auf ein anderes. Rückzahlung war nicht zu erlangen. Röhling, der das Geld seinem Freunde stets in Cash im Westen Berlins, in denen der Lebemann zu verkehren pflegte, aushändigte, verdeckte die Veruntreuungen so geschickt, daß die regelmäßigen Kontrollen sie nicht herausfinden konnten. Er buchte alle Eingänge, vertuschte aber die Unterschlagungen durch die erforderlichen Ausbuchungen für angebliche Ausgaben. Eine plötzliche Kontrolle und genaue Revision führten zur Aufdeckung.

Die Staatsanwaltschaft, die sofort benachrichtigt wurde, ließ den Angeklagten durch die Kriminalpolizei des Polizeiamtes Steglitz verhaften. Röhling legte auch ein Geständnis ab und wurde heute dem Amtsgericht vorgeführt. Auch Bedent sollte verhaftet werden. Er war aber aus seiner Wohnung verschwunden und ist noch nicht ermittelt. Röhling hatte ihn in der letzten Zeit wiederholt scharf gedrängt, endlich alles zurückzahlen, damit er das Mantel beden könne. Das scheint B. veranlaßt zu haben, das Weite zu suchen.

Geplanter Besuch des Reichspräsidenten auf der Leipziger Frühjahrsmesse.

Leipzig, 13. Januar. Wie wir erfahren, wird Reichspräsident v. Hindenburg voraussichtlich die am 28. Februar beginnende Leipziger Frühjahrsmesse besuchen

Ein Prozeß aus dem Jahre 1919.

Im Münchner Schwurgerichtssaale des Justizpalastes begann am Mittwochvormittag der Prozeß gegen die Kaufleute Georg Bölling und Erich Prüfer. Ersterer war früher Leutnant, der letztere Feldwebel. Beide in Berlin anständig, stehen unter der Anklage, am 5. Mai 1919 nach der Wiederherstellung der Räteherrschaft in München

die widerrechtliche Erziehung von zwölf Einwohnern Verlaß angeordnet bezw. geleitet zu haben.

Bölling ist der Anstiftung der zwölf Verbrechen des Nordes, Prüfer des zwölffachen Nordes beschuldigt.

Bei seiner Vernehmung gab Bölling, der bereits bei der Niederwerfung der Au Hände in Berlin und Braunschweig mitgewirkt hatte, an, er habe am 4. Mai 1919 gegen Mittag von der ersten Abteilung des Freikorps Eppow den Befehl erhalten, in Verlaß 12 Arbeiter festzunehmen, weil dort Unruhen ausgebrochen seien, die Lage kritisch sei und der dortige Pfarrer um Schutz gebeten habe. Major v. Eppow habe ihm dabei gesagt: „Sie stehen

unter dem Schutze des Standrechtes.“

Er habe in Verlaß den Fettel mit den Namen der festzunehmenden Personen bekommen und sei nur bei der Festnahme des Hauptabteilungsleiters, des Hofmeisters Ludwig angewesen gewesen. Ludwig, der notdürftig angekleidet auf dem Bette lag, sei ihnen

mit der Waffe in der Hand entgegengetreten,

aber nicht mehr zum Schutze gekommen. Nach der Festnahme und Vernehmung der übrigen will der Angeklagte die Befangenen zur Unterbringung in München an Prüfer übergeben haben. Von der Erziehung der Befangenen, mit der er nichts zu tun gehabt, habe er erst später erfahren. Sein Bestreben geht offenbar dahin, sich zu Ungunsten Prüfers zu entlasten.

Der Angeklagte Prüfer sagt aus, das Freikorps Eppow habe bei seinem ersten Einmarsch in Verlaß Verluste erlitten, weshalb im Korps große Erörterung herrschte. Als er mit der Abteilung nach Verlaß kam, begaben sich die Offiziere erst zum Pfarrer Dell, wo sich auch ein Volkseimann befand. Obwohl es schon spät am Abend war, verging geraume Zeit, bis die Befehle kam, welche Verhaftungen vorzunehmen seien. Bei den Hausdurchsuchungen seien

Waffen und Munition gefunden worden,

bei Ludwig eine geladene und ensicherte Pistole sowie Geldeinlagen und separatistische Mitglieberlisten. Ludwig wurde deshalb gleich nach der Ankunft in München erschossen. Wer den Befehl dazu gab, weiß Prüfer nicht. Auf seine Veranlassung wurde einer der Befangenen namens Zeller freigelassen, weil man bei ihm keine Waffen gefunden hatte. Die übrigen elf wurden im Laufe des Vormittags in zwei Partien im Hofbräuhauskeller erschossen. Bei der Erziehung gab Bölling nicht den Befehl, er war aber im Hofe zugegen. Nach der Erziehung wurde ein Protokoll aufgenommen,

die Leute seien wegen Meuterei erschossen worden.

Auf die Frage des Vorsitzenden erwidert Prüfer u. a., er habe die Entlassung vom Freikorps genommen, weil er von einem Feldwebel gehört hatte, daß gegen ihn ein Haftbefehl vorliege. Deshalb habe er auch an seinen Aufenthaltsorten sich nicht polizeilich angemeldet. Entschieden blieb er, im Gegensatz zu Bölling, bei der Behauptung, daß Major Scholz den Befehl zum Erschießen gegeben habe. Auf die Frage des Verteidigers erklärte er, er habe die Erziehung für berechtigt gehalten, da Offiziere bei ihr anwesend waren.

Parker Gilbert über den Dawesplan und die deutschen Zahlungen.

New York, 13. Januar. Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, hielt bei einem ihm zu Ehren vom Rat für auswärtige Beziehungen veranstalteten Festmahle eine Rede, in der er die Vorzüge und das glatte Funktionieren des Dawesplanes hervorhob, wie er es bereits am 21. Dezember bei seiner Ankunft in Amerika geschildert hatte. Er betonte, daß es vermöge des Dawesplanes gelungen sei, die Reparationsprobleme auf eine vernünftige Grundlage zu stellen. Der Plan habe eine bessere Atmosphäre für Europa geschaffen und habe zweifellos eine günstige Einwirkung auf den Erfolg des Abchlusses von Schiffsverkehrs- und Sicherheitsabkommen ausgeübt. Parker Gilbert stellte sodann von neuem fest, daß die deutschen Zahlungen pünktlich erfolgen.

Parker Gilbert sagte weiter, der Dawesplan werde durchaus nicht das ganze Problem lösen, aber er sei der beste Schutz gegen einen künftigen Stillstand in der Reparationsfrage. Seine Zukunft hänge freilich von Faktoren ab, auf die der Plan keinen direkten Einfluß habe. Zu ihnen gehörten beispielsweise der Lauf und die Richtung des Welthandels, die Bereitschaft der Gläubigerstaaten, deutsche Waren, besonders in Form von Leistungen, in zunehmendem Maße aufzunehmen, die Rückwirkung der neuen Industrien in den Deutschland benachbarten Ländern, mit denen Deutschland früher ein großes Geschäft hatte, die allgemeinen Probleme der Zoll- und Handelsfragen, die allmähliche Rückkehr anderer Länder zu stabileren Verhältnissen, der Fortschritt der Zivilisation in entlegeneren Teilen der Welt, der Fortschritt der Wissenschaft und der sich steigende Bedarf an Gütern.